

Deutschland zum aggressivsten, abenteuerlichsten Staat in Europa geworden.

Die Westmächte und vor allem die Vereinigten Staaten von Amerika tragen eine ernste Verantwortung dafür, daß sie durch ihre Politik den westdeutschen Militarismus und Revanchismus begünstigen.

Die Deutsche Demokratische Republik und die Sowjetunion erklären, daß die Bildung einer atomaren Streitmacht der NATO und der Zugang des westdeutschen Militarismus zu den verheerendsten und todbringendsten Waffenarten eine ernste Bedrohung für den Frieden und die Sicherheit der Völker schaffen würden und die unbeschränkte Verbreitung von atomaren und thermonuklearen Waffen auf andere Staaten auslösen könnten. Eine solche Entwicklung der Ereignisse würden die UdSSR, die DDR und die anderen Staaten des Warschauer Vertrages unvermeidlich vor die Notwendigkeit stellen, entsprechende Maßnahmen zur Gewährleistung ihrer Sicherheit zu ergreifen.

Angesichts der Aggressivität des westdeutschen Militarismus und des gefährlichen Ausmaßes, das die Kriegsvorbereitungen in Westdeutschland angenommen haben, sind beide Seiten der Meinung, daß eine Verminderung der zahlenmäßigen Stärke der Bundeswehr und ihrer Rüstungen sowie die Errichtung einer wirksamen internationalen Kontrolle über die Kriegsproduktion in der Bundesrepublik Deutschland im Interesse der europäischen Sicherheit liegen würden. Da ein Friedensvertrag bis jetzt nicht abgeschlossen ist, müssen diese Maßnahmen in Übereinstimmung mit den Bestimmungen über die bedingungslose Kapitulation Deutschlands und des Potsdamer Abkommens über die Ausrottung des deutschen **Militarismus und Nazismus und die Beseitigung der wirtschaftlichen Machtkonzentration der Monopole** verwirklicht werden, damit eine neue deutsche Aggression verhindert wird.

Die Deutsche Demokratische Republik und die Sowjetunion identifizieren keinesfalls die heutige Politik der herrschenden Kreise der Bundesrepublik Deutschland mit den Interessen, den Forderungen und Ansichten der friedliebenden Kreise der Bevölkerung Westdeutschlands. Wenn die demokratischen Kräfte Westdeutschlands Einfluß auf die Angelegenheiten des Staates hätten, würden sie zweifellos von der unvernünftigen Politik der Kriegsvorbereitung und der Schürung des Hasses gegen die Völker der Nachbarländer, die die Regierung der Bundesrepublik Deutschland betreibt, entschieden abrücken. Friedliche Arbeit und ein friedliches Leben entsprechen den Herzenswünschen der Deutschen